

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Alexander Bertram (AfD)

vom 2. Dezember 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 3. Dezember 2025)

zum Thema:

Berliner Ernährungsstrategie, Handlungsfeld 2: „Wertschöpfung in der Region fördern“

und **Antwort** vom 17. Dezember 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Dez. 2025)

Herrn Abgeordneten Alexander Bertram (AfD)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24517
vom 2. Dezember 2025
über Berliner Ernährungsstrategie, Handlungsfeld 2: „Wertschöpfung in der Region fördern“

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: In der Berliner Ernährungsstrategie heißt es unter Handlungsfeld 2 („Wertschöpfung in der Region fördern“): „Das Angebot nach regionalen Bio-Lebensmitteln deckt derzeit nicht dessen Nachfrage [...]. Ressourcetechnisch ist es möglich die Nachfrage von Obst und Gemüse der Berliner:innen mit produzierten Lebensmitteln aus Brandenburg zu sättigen. Deshalb ist muss <sic!> der Ausbau von vorhandenen Berlin-Brandenburg Marktbeziehungen ausgebaut werden.“

1. Wie groß sind Angebot und Nachfrage „nach regionalen Bio-Lebensmitteln“, wie wurde dies ermittelt?

Zu 1.: Eine gute Übersicht über die aktuelle Lage zu Angebot und Nachfrage bei den Bio-Lebensmitteln bietet der jährliche Bio-Marktbericht Berlin-Brandenburg des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Brandenburg (MLEUV). Dieser Bericht analysiert sowohl die regionale ökologische Erzeugung als auch die Absatz- und Handelsstrukturen. Demnach kann der Eigenverbrauch in Berlin-Brandenburg nur bei ausgewählten Rohstoffen wie Bio-Getreide oder Bio-Rindfleisch erreicht werden.

Grundsätzlich unterliegt die Nachfrage nach regionalen Bio-Lebensmitteln einer hohen Preis-sensibilität der Kunden. So ist seit Jahren ein Anstieg der Nachfrage nach Bio-Lebensmitteln in Berlin zu verzeichnen, jedoch ist diese Sparte insbesondere in Folge der hohen Inflation unter Druck geraten, denn nach wie vor bestimmten wirtschaftliche Zwänge und Kaufkraftverluste das Konsumverhalten.

2. Inwiefern ist es aktuell und perspektivisch ressourcetechnisch „möglich die Nachfrage von Obst und Gemüse der Berliner:innen mit produzierten Lebensmitteln aus Brandenburg zu sättigen“? Wie viel landwirtschaftliche Nutzfläche sind dabei pro Kopf notwendig?

Zu 2.: Mehrere wissenschaftliche Studien zeigen, dass Berlin – zumindest theoretisch und mengenmäßig – weitgehend mit der regionalen Produktion Brandenburgs versorgt werden könnte, insbesondere bei pflanzlichen Produkten:

- Das europäische Metropolitan Foodshed & Self-Sufficiency (MFSS) Model weist für die Region Berlin-Brandenburg aus, dass der regionale Bedarf an pflanzlichen Lebensmitteln – bei optimierter Nutzung, reduzierten Verlusten und regionaler Ausrichtung – weitgehend durch Brandenburg gedeckt werden kann (Zasada et al. 2019)¹.
- Eine Studie zum Land Footprint von Berlin zeigt, dass die Stadt rechnerisch pro Kopf rund 2.374 m² landwirtschaftliche Nutzfläche benötigt. Brandenburg stellt derzeit deutlich mehr Acker- und Grünland pro Kopf bereit (ca. 2.391 m²/Einwohner). Unter optimierten Bedingungen (v. a. Verringerung von Lebensmittelverlusten) könnte Berlin-Brandenburg gemeinsam rechnerisch als netto-flächenautark gelten, mit Ausnahme von Dauerkulturen wie Kaffee, Kakao, Tee und einigen Obstkulturen (Hönle et al. 2017)².
- Eine ergänzende empirische Analyse befand, dass – bei optimaler Nutzung verfügbarer Flächen innerhalb der Stadt – bis zu 82 % des Gemüsebedarfs der Berliner Bevölkerung theoretisch innerhalb der Stadt erzeugt werden könnten (De Simone et al. 2023)³.

Eine vollständige Versorgung Berlins aus Brandenburg ist theoretisch möglich, allerdings hängt dies von verschiedenen Faktoren wie Ernährungsstil, Jahreszeit, Logistik, Lagerung, Verarbeitung und den realen Konsumgewohnheiten ab. Eine pauschale pro-Kopf-Flächenangabe ist daher nicht belastbar, da sie je nach Szenario stark variiert (zwischen ca. 1.500–2.800 m²/Person/Jahr in verschiedenen Modellierungen).

Quellen:

¹ Ingo Zasada, Ulrich Schmutz, Dirk Wascher, Moya Kneafsey, Stefano Corsi, Chiara Mazzocchi, Federica Monaco, Peter Boyce, Alexandra Doernberg, Guido Sali, Annette Piorr, Food beyond the city – Analysing foodsheds and self-sufficiency for different food system scenarios in European metropolitan regions, *City, Culture and Society*, Volume 16, 2019, Pages 25-35, <https://doi.org/10.1016/j.ccs.2017.06.002>

² Hönle, S.; Meier, T.; Christen, O. (2017): Land use and regional supply capacities of urban food patterns: Berlin as an example. *Ernährungs Umschau*, 64(1): 11–19. <https://doi.org/10.4455/eu.2017.003>

³ Marion De Simone, Prajal Pradhan, Jürgen P. Kropp, Diego Rybski, A large share of Berlin's vegetable consumption can be produced within the city, *Sustainable Cities and Society*, Volume 91, 2023, 104362, <https://doi.org/10.1016/j.scs.2022.104362>.

3. Was unternimmt das Land Berlin (im Rahmen der Berliner Ernährungsstrategie) konkret, um den „Ausbau von vorhandenen Berlin-Brandenburg Marktbeziehungen“ hinsichtlich landwirtschaftlicher Produkte“ voranzutreiben?

Zu 3.: Im Rahmen der Berliner Ernährungsstrategie werden eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, um regionale Wertschöpfungsketten zu fördern und den Einsatz regionaler Bio-Produkte zu erhöhen. Dazu zählen:

- Kantine Zukunft Berlin – dieses Projekt trägt zur Integration regionaler landwirtschaftlicher Produkte in die öffentliche Verpflegung bei. Es unterstützt Einrichtungen wie Kitas, Schulen und Kantinen, regionale Produkte direkt in die Verpflegungsangebote zu integrieren, wodurch die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Region Berlin-Brandenburg gestärkt wird.
- Mehrere Projekte der Berliner Ernährungsstrategie wie das Projekt „Wissen was schmeckt“ fokussieren regionale Wertschöpfungsketten, um Kindern und Jugendlichen die Stationen und Akteure der Wertschöpfungsketten näher zu bringen.
- Enge Zusammenarbeit mit Brandenburg, u. a. bei der Weiterentwicklung und Stärkung der Brandenburger Qualitätsprogramme (Integration in die Musterausschreibung für das Berliner Grundschulessen)

Berlin, den 17. Dezember 2025

In Vertretung

Susanne Hoffmann
Senatsverwaltung für Justiz
und Verbraucherschutz